

Diese Veröffentlichung erfolgt nachrichtlich. Der Verwaltungsakt wird bzw. wurde in der 10. KW in ortsüblicher Form im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues bekannt gemacht !

**Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Wehlen-Sonnenuhr,
Az.: 11965-HA.8.1.**

Öffentliche Bekanntmachung

In dem vereinfachten Flurbereinigungsverfahren **Wehlen-Sonnenuhr**, Landkreis Bernkastel-Wittlich, erlässt das DLR Mosel als Flurbereinigungsbehörde im Einvernehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft gemäß § 36 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 16.03.1976 (BGBl. I. S. 546), in der jeweils gültigen Fassung, folgende

Vorläufige Anordnung § 36 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)

I. Anordnung

1. Den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke, die von dem vorzeitigen Ausbau der nachfolgend genannten gemeinschaftlichen Anlagen betroffen sind, wird zum Zweck des Ausbaues dieser Anlagen mit sofortiger Wirkung Besitz und Nutzung an den betroffenen Flächen entzogen.
2. Es handelt sich um folgende in dem gemäß § 41 Abs. 3 FlurbG am 22.06.2006 festgestellten Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan einschließlich seiner Nachträge und geringfügigen Änderungen enthaltenen gemeinschaftlichen Anlagen:

	<u>Maßnahme Nr.</u>	<u>Lage</u>
1. Wege	107	<u>Gemarkung Graach:</u> Staudt Abdei
	107	<u>Gemarkung Wehlen:</u> Auf Schippen Auf Kelterkehr Im Kelter Kelter Rederberg
2. Gewässer	440	Sandpichter

		Bickerd
	Maßnahme Nr.	Lage
3. Durchlass	501	B 53 Mosel Uferschutzstreifen

Der genaue Verlauf der gemeinschaftlichen Anlagen, für deren Ausbau die infrage kommenden Grundstücke ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden, ist in der Karte, die ein wesentlicher Bestandteil dieser Anordnung ist, dargestellt.

3. Die Teilnehmergeinschaft Wehlen-Sonnenuhr wird zum gleichen Zeitpunkt in den Besitz dieser Flächen eingewiesen. Vor Ausbau des Durchlasses Nr. 501 sind weitere Abstimmungen mit dem LBM Trier erforderlich.

II. Entschädigung

Eine Entschädigung zum Ausgleich für vorübergehende Nachteile kann nur in Härtefällen auf Antrag gewährt werden.

In Übereinstimmung mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft wird für den Verlust von **bewirtschafteten Rebflächen** als Härteausgleichszahlung ein Betrag von

0,50 Euro/m² bzw. Stock/Jahr

bis zum Besitzübergang im Flurbereinigungsverfahren festgesetzt.

Eine besondere Härte liegt vor, wenn ein Beteiligter mehr als

12 % seiner Einlagefläche innerhalb des Flurbereinigungsgebietes
und zusätzlich
mehr als 3 % seiner Gesamtbetriebsfläche

verliert. Die Höhe der Entschädigung errechnet sich aus der Fläche, die diese 12 % bzw. 3 % überschreitet. Die Entscheidung über die Festsetzung einer Entschädigung wird nur auf besonderen Antrag unter Berücksichtigung der betrieblichen Verhältnisse getroffen. Für die Inanspruchnahme der Flächen für die **Bodenlagerflächen und das Zwischenlager** wird auf Antrag grundsätzlich immer eine Entschädigung nach den festgesetzten Beträgen gezahlt.

Soweit die Teilnehmergeinschaft über Flächen aus dem Verzicht auf Landabfindung nach § 52 FlurbG verfügt, können in besonderen Härtefällen auf Antrag Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden.

III. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Verwaltungsaktes nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der VWGO, wird angeordnet mit der Folge, dass Rechtsbehelfe gegen ihn keine aufschiebende Wirkung haben.

IV. Hinweise

1. Die Grenzen der beanspruchten Rebflächen - obere und untere Begrenzung der Wege -, seitliche Begrenzungen der Gewässer - sowie der Flächen für Bodenzwischenlager, Bodenanschlüpfungen und Baustelleneinrichtungen sind, soweit möglich, mit rot-weißem Trassierband an den Pfählen kenntlich gemacht.
2. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten werden aufgefordert, die für die Baumaßnahmen benötigten Flächen, spätestens bis zum

26.03.2010

von jeglichen Erziehungseinrichtungen, Rebstöcken oder sonstigem Bewuchs freizustellen und Drahterziehungsanlagen zu sichern.

Für den Fall, dass ein Eigentümer oder Nutzungsberechtigter seine Flächen nicht freistellt, erfolgt eine kostenpflichtige Ersatzvornahme.

3. Die Karte sowie eine Ausfertigung dieser Anordnung liegen ab sofort bei dem Vorsitzenden des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft, Herrn Martin Kerpen, Uferallee 6, in 54470 Bernkastel-Wehlen und beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel, Görresstr. 10 in Bernkastel-Kues zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus. Eine Karte mit der Darstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ist ebenfalls im Schaukasten der Ortsgemeinde Wehlen einzusehen. Die öffentliche Bekanntmachung sowie die Übersichtskarte sind auch im Internet unter der Adresse www.dlr.rlp.de einzusehen.

Begründung:

1. Sachverhalt:

Das Flurbereinigungsverfahren wurde durch Beschluss des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum Mosel vom 11.05.2001 angeordnet und für sofort vollziehbar erklärt.

Der im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft aufgestellte und mit den Trägern öffentlicher Belange sowie der landwirtschaftlichen Berufsvertretung erörterte Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan wurde am 22.06.2006 durch die Obere Flurbereinigungsbehörde festgestellt. Die sofortige Vollziehung wurde angeordnet. Der Nachtrag 1 zum Wege- und Gewässerplan wurde am 13.05.2009 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier genehmigt. Geringfü-

gige Änderungen des Wege- und Gewässerplanes wurden mit Datum vom 25.04.2008 und 02.03.2010 genehmigt.

Der Vorstand wurde am 15.12.2009 zu den vorgesehenen Regelungen und den Entschädigungsfragen gehört.

2. Gründe

2.1 Formelle Gründe

Der Verwaltungsakt wird vom Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel als zuständige Behörde erlassen.

Rechtsgrundlage für den Erlass der Vorläufigen Anordnung ist § 36 FlurbG in der Fassung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), in der jeweils geltenden Fassung.

Die Anhörung des Vorstandes ist erfolgt.

Die formellen Gründe für den Erlass dieser Anordnung liegen vor.

2.2 Materielle Gründe

Zur Erreichung der Ziele der Flurbereinigung und zur Sicherstellung der Ausführung des Flurbereinigungsplanes ist es notwendig, die gemeinschaftlichen Anlagen (Wege, Gewässer und landespflegerische Anlagen) teilweise vorweg auszubauen bzw. herzustellen. Mit dem Ausbau soll insbesondere erreicht werden, dass unmittelbar nach der Besitzeinweisung die neuen Grundstücke ohne Inanspruchnahme der Grundstücke anderer Beteiligter erreicht werden und die Wirkungen der Anlagen sich frühzeitig entfalten können.

Die Vermarkung und Vermessung der endgültigen Grenzen der gemeinschaftlichen und der öffentlichen Anlagen ist bei den vorliegenden topografischen Verhältnissen wirtschaftlich nur möglich, wenn die Anlagen vorweg ausgebaut sind. Diese bilden den Rahmen der für die Landabfindung der Teilnehmer verbleibenden Blockflächen. Die planerischen Vorgaben für einen zeitgerechten Verfahrenfortgang unterstreichen die Dringlichkeit der Ausbaumaßnahmen.

Die sachgerechte Verwendung der für das Haushaltsjahr bereitgestellten öffentlichen Mittel setzt einen planmäßigen und fristgerechten Ausbau der Maßnahmen voraus.

Die Ermessensentscheidung, wann ein vorübergehender Nachteil als Härtefall zu entschädigen ist, ist nach Anhörung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft wie unter II. getroffen worden. Bei der Entscheidung über Einzelanträge stellt das DLR auf die betrieblichen Verhältnisse der Betroffenen unter Abwägung mit den Interessen der Teilnehmergeinschaft ab.

Die materiellen Gründe für den Erlass dieser Anordnung liegen vor.

Die sofortige Vollziehung dieser Anordnung liegt im überwiegenden Interesse der Beteiligten des Verfahrens, da der vorzeitige Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen der besseren und schnelleren Erreichung der neuen Grundstücke dient und somit eine erhebliche Erleichterung in der Bewirtschaftung erreicht wird.

Die sofortige Vollziehung liegt aber auch im öffentlichen Interesse, da der Allgemeinheit im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und wegen der in die Bodenordnung investierten erheblichen öffentlichen Mittel daran gelegen ist, die Ziele des Verfahrens möglichst bald herbeizuführen.

Die Voraussetzungen des § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der VwGO sind damit gegeben.

**Rechtsbehelfsfristen werden mit dieser Veröffentlichung nicht in Gang gesetzt.
Die Rechtsmittelfristen richten sich nach den öffentlichen Bekanntmachungen.**

Bernkastel-Kues, den 02.03.2010

Im Auftrag

gez. Nina Lux